



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ist. Dann sind die Kinder in der Schule, die Großen bei der Arbeit. Aber nahe dabei rauscht die große Stadt; die Schornsteine qualmen, die Pfeifen rufen, und das unruhige Wasser des großen grauen Stromes steigt und fällt. Wie die Geschlechter steigen und fallen, und die Menschen kommen und gehn. — Lieber Feltz; ich hoffe, du hast dein Herz bald auskuriert, und wir besuchen dann gemeinsam Madame Heinemann in der Klabunkerstraße und lassen uns von ihrem Sohn Alois erzählen. Er wird jetzt nach München gehn, und Elsie ist ganz vernünftig, sagt nichts und klagt nicht, spielt mit Moppi und hat eine lange Zeit vor Madame Heinemanns Haus und dann in dem Garten gestanden, der kein Garten ist, und in dem Alois doch sein erstes Bild gemalt. Ja, Elsie ist vernünftig, und ich bin es auch; aber die Klabunkerstraße ist nun einmal da und streckt die Arme aus. Lieber Feltz, ich glaube, wir werden uns beide von ihnen umfassen lassen.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

„Aus der Vergangenheit.“ Unter dieser Überschrift veröffentlichen die „Hamburger Nachrichten,“ einer Unregung aus Leserkreisen folgend, die bekannten Schreiben, die Kaiser Wilhelm der Erste am 3. September 1873 an Papst Pius den Neunten und am 18. Februar 1874 an Lord Odo Russell in London gerichtet hat. Lord Russell hatte dem Monarchen die Sympathieresolutionen einer großen Londoner Versammlung zu der Haltung übermittelt, die der Kaiser und seine Regierung in dem damaligen Kampfe gegen die Herrschaftsansprüche der römischen Kirche eingenommen hatten. Beide Schriftstücke, zumal das erste von ausgesprochen offiziellem Charakter, sind hervorragende Denkmale aus der Regierungszeit unsers ersten Kaisers, sein Brief an den Papst Pius den Neunten wird immer einen Ehrenplatz unter den vielen weltgeschichtlichen Kundgebungen behaupten, die von dem unvergeßlichen Monarchen ausgegangen sind. Wenn aber die „Hamburger Nachrichten“ hinzufügen, jene Briefe seien ein unvergängliches Denkmal jener Zeit, „wo unser Volk und seine Führer fest zusammenstanden in der Erkenntnis dessen, was ihm heilsam und gemäß sei und in dem festen Willen, dies und nichts andres zur Richtschnur der Politik zu machen,“ so läßt sich dazu doch wohl bemerken, daß „unser Volk“ in diesem Sinne höchstens den protestantischen Teil umfassen dürfte, und nicht einmal diesen, denn es ist bekannt, daß der damalige Kultusminister Dr. Falk weit mehr den Anfeindungen und der Gegnerschaft protestantischer als dem Hass katholischer Kreise erlegen ist.

Davon ganz abgesehen, muß man aber doch fragen, was mit dem Wiederabdruck der beiden Briefe im gegenwärtigen Augenblick eigentlich bezweckt werden soll? Pius der Neunte ist längst nicht mehr am Leben, auch schon sein Nachfolger Leo der Dreizehnte nicht mehr, zwischen dem Deutschen Reich oder Preußen und dem jetzigen Papst Pius dem Zehnten besteht kein Kampf. Wir stehn vielmehr zum Vatikan und zur römischen Kirche auf dem Boden eben jenes Kirchenfriedens, den derselbe Fürst Bismarck geschaffen, aus dessen Feder jene beiden Briefe stammen; derselbe Fürst Bismarck, der den Papst Leo den Dreizehnten zum Schiedsrichter in der Karolinenache anrief, und der vom Papste den Christusorden empfing, den dieser sogar Herrn Windthorst versagt hat. Fürst Bismarck hat dann in seinem (französischen) Dankschreiben vom 13. Januar 1886 dem Papst den unermesslichen Dienst erwiesen, ihn mit „Sire“ anzureden und damit die souveräne Stellung des Papsttums vor aller Welt neu anzuerkennen, allerdings wohl in dem Gedankengange, daß sich der Schiedsrichter zwischen zwei souveränen Mächten selbst in

souveräner Position befinden müsse. Jene Briefe von 1873 und 1874 sind inmitten der hochgehenden Wogen des Kampfes geschrieben worden, eines Kampfes, von dem Fürst Bismarck selbst gesagt hat, daß er niemals ausgetragen werden würde, sondern wie jeder andre Krieg seine Momente der Waffenruhe, des Waffenstillstandes und des beiderseitigen Friedensbedürfnisses haben werde. An die Stelle Pius des Neunten, der das Steinchen ins Rollen zu bringen gedachte, das den deutschen Koloss zerschmettern sollte, ist dann Leo der Dreizehnte getreten, der in einer seiner ersten Kundgebungen ausgesprochen hat: „So werden Wir für die deutsche Nation fortfahren zu wirken inmitten der Hindernisse aller Art, denn unsre Seele wird niemals Ruhe finden, solange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wieder hergestellt ist.“ Schrittweise war man dann zur Herstellung friedlicher Beziehungen gelangt. Fürst Bismarck erklärte in seinen am 12. und 13. April 1886 im Herrenhause gehaltenen Reden, die wir den „Hamburger Nachrichten“ ebenfalls zum Wiederabdruck empfehlen, u. a.:

„... Aber ich habe es für nützlich gehalten, die Vorlage, die wir dem preußischen Landtage zu machen beabsichtigten, zur Kenntnis Seiner Heiligkeit des Papstes zu bringen und sein Urteil darüber zu hören, ohne zu versprechen, daß wir unsre Entschließung dem Urteil gemäß ändern würden. Ich habe diesem Weg den Vorzug gegeben, weil ich den Eindruck habe, daß ich bei dem Papst Leo dem Dreizehnten mehr Wohlwollen und mehr Interesse für die Befestigung des Deutschen Reiches und für das Wohlergehen des preußischen Staates finden würde, als ich zuzeiten in der Majorität des Deutschen Reichstags gefunden habe. ... Ich bin auch entschlossen, in den weiteren Phasen auf diesem Wege fortzufahren, da ich von der Weisheit und Friedensliebe Leos des Dreizehnten mehr Erfolg für den innern Frieden Deutschlands erwarte, wie von den Verhandlungen im Reichstage.“

Und im preußischen Abgeordnetenhause am 4. Mai: ... „Ich mache diesen Versuch in dem von Sr. Majestät dem Könige geteilten und angeregten Vertrauen nicht nur zu Sr. Heiligkeit dem Papste, sondern auch zu unsern katholischen Landesleuten, daß sie ehrlich die Hand dazu bieten werden, auf dem Raum, welchen wir frei machen von dem Schutt, den die Maigesetze darauf gelassen haben — denn Trümmer sind sie ja nur noch —, den Friedenstempel mit uns zu errichten und die Friedenskeime mit uns ehrlich pflanzen, begießen und pflegen zu wollen. Ich meinerseits werde aufrichtig die Hand dazu bieten.“ (Lebhafte Bravo im Zentrum).

Papst Leo der Dreizehnte hat bekanntlich dem Fürsten Bismarck ein ehrendes Andenken bewahrt und nach dessen Entlassung wiederholt die Äußerung getan: *mi manca Bismarck*. Die „Hamburger Nachrichten“ haben vor zehn Jahren diese Äußerung wiederholt zitiert als einen Beweis dafür, wie sehr der Rücktritt des ersten Reichskanzlers auch im Auslande empfunden wurde. Heute das Verhältnis zu Pius dem Neunten in Erinnerung zu bringen und das völlig entgegengesetzte zu Leo dem Dreizehnten zu verschweigen, liegt um so weniger ein Anlaß vor, als sich der jetzige Papst Pius der Zehnte bisher für Deutschland durchaus wohlwollend und freundlich erwiesen hat. Der Versuch, die Maßnahmen von 1874 gegen die von 1904 auszuspielen, ist um so verfehlter, als Fürst Bismarck selbst wiederholt in öffentlicher Rede die damalige kirchenpolitische Gesetzgebung „als viel zu juristisch und zu wenig politisch“ bezeichnet hat, er auch nicht zum wenigsten aus diesem Grunde auf den weitaus größten Teil ihrer Bestimmungen für die Dauer wenig Wert gelegt und sie für entbehrlich erachtet hat.

Als „nicht entbehrlich“ hat er noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ die Beseitigung der preußischen Verfassungsartikel, die Kampfmittel gegen den Polonismus „und vor allem die Herrschaft des Staats über die Schule“ bezeichnet. Ihm war der Kulturkampf nicht Zweck, sondern nur Mittel, zu dem Frieden oder doch *modus vivendi* mit Rom und dessen Herrschaftsansprüchen zu gelangen, der für Reich und Staat erträglich und nützlich war. Wenn jetzt der Evangelische Bund und ein Teil der Presse die konfessionelle Streittagt wieder aus-

graben, so dürfen sie sich deshalb keineswegs auf Bismarck berufen, denn sie entfernen sich damit im strengsten Sinne des Wortes weit von der Bismarckschen Tradition und von seiner Auffassung des Staatszwecks, wie dieser ihm noch im letzten Abschnitte seines Wirkens und am Abend seines Lebens vorzuschwebte.

Die „Hamburger Nachrichten“ glauben nun noch einen besondern Trumpf auszuspielen, indem sie ein Verzeichnis von vierundzwanzig Fällen veröffentlichen, wo die Jesuiten aus europäischen Staaten ausgewiesen worden sind. In den weit-aus meisten Fällen wird es sich dabei um Ausländer gehandelt haben, d. h. um landfremde Jesuiten, deren Ausweisung dem Deutschen Reich auch heute noch unbenommen ist. Inländer, Landesangehörige auszuweisen, war auch nach dem Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes nicht zulässig, schon aus dem Grunde nicht, weil kein Staat die Verpflichtung hatte, solche Ausgewiesene aufzunehmen. Aber das Register der „Hamburger Nachrichten“ hat überdem ein recht auffallendes Loch: es fehlt darin die Aufhebung des Jesuitenordens durch Papst Clemens den Vierzehnten im Jahre 1773. Und wie stand die Sache damals in Preußen? Unter dem besondern Schutze Friedrichs des Großen blieben die Kollegien der Jesuiten in Schlesien nach der Aufhebung durch den Papst dort noch drei Jahre lang, bis 1776, bestehen, dann legten die schlesischen Jesuiten ihr Ordenskleid ab und blieben als „Priester des königlichen Schulinstituts.“ Also gegen die Aufhebung des Paragraphen 2 kann man auch mit diesem Ausweisungsregister nichts beweisen, und gelegentlichen Äußerungen König Friedrich Wilhelms des Ersten von Preußen, die jüngst ausgegraben worden sind, stehen die Handlungen seines Sohnes und Nachfolgers gegenüber. Andre Zeiten — andre Auffassungen und andre Aufgaben!

„Fort mit Bülow!“ Der Ruf „Fort mit Bülow!“ ertönt auf verschiedenen Gassen. Am lautesten erklang er wieder in der Berliner Tonhalle, wo man außerdem „die Gans Bülow“ zu verbrennen wünschte, um aus der Asche einen neuen Reichskanzler „als stolz daherrauschenden Schwan“ auferstehn zu sehen. Es war die von der nationalliberalen Fraktion durchaus nicht übernommene Abgabe des Herrn von Gynern, in die Tonart einer Berliner Volksversammlung übertragen. Schade nur, daß der neue Reichskanzlerkandidat nicht öffentlich in Vorschlag gebracht worden ist, dann wüßte man doch, wie er — nach den Wünschen jener Redner — auszu sehen hat, und was man von ihm erwarten darf. Seine Hauptaufgabe würde doch jedenfalls sein, einen andern Reichstag zu schaffen, wo „Zentrum nicht Trumpf“ wäre. Der Evangelische Bund hat aller Wahrscheinlichkeit nach das Geheimnis dieses Rezepts und begeht nun dadurch einen Verrat am Vaterlande, daß er es nicht veröffentlicht. Eine Zusammenlegung des Reichstags, wo Zentrum nicht Trumpf wäre, d. h. nicht hundert Stimmen außer seinen vielen Mittläufern hätte, ließe sich nicht einmal durch eine Änderung des Wahlrechts herbeiführen, sondern ausschließlich durch einen festen Zusammenschluß der gesamten protestantischen Wählerschaft unter Verzicht auf alle Parteiunterschiede. Daß das in Deutschland jemals möglich sein sollte, halten wir bei dem Charakter der Parteigliederung im lieben Vaterlande auf absehbare Zeit für ausgeschlossen, zumal da das Verhältnis der einzelnen parlamentarischen Parteien zum Zentrum — Konservativen, Reichspartei, Nationalliberalen, Antisemiten und Freisinnigen aller Schattierungen — doch niemals das eines prinzipiellen Gegensatzes, sondern das eines Zusammengehens oder Bekämpfens von Fall zu Fall gewesen ist. Daran etwas zu ändern vermag kein Reichskanzler; mit einem abermaltigen Entrollen des Banners des Kulturkampfes erst recht nicht. Fürst Bismarck hat die Erfahrung gemacht, daß ihn in diesem Kampfe erst die Konservativen und dann auch die Freisinnigen, die anfänglich die Kräfte im Streit gewesen waren, im Stich ließen, die in das Lager der Gegner übergingen. Was ihm also in dieser Beziehung nicht gelungen ist, davon wird jeder seiner Nachfolger mit Recht die Hände lassen. Fürst Bismarck ist später sehr froh

gewesen, in Leo dem Dreizehnten einen Papst zu finden, mit dem er den *aditus ad pacem* vereinbaren konnte. Der hergestellte Friede mit Rom war die Situation, die die Nachfolger Bismarcks vorfanden. Die Neigung, daran zu rütteln, hat keiner von ihnen gehabt und wird auch so leicht keiner haben, womit noch keineswegs gesagt ist, daß sie alle Wünsche Roms oder des Zentrums erfüllt haben oder je erfüllen werden. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist vom Grafen Caprivi und vom Fürsten Hohenlohe wie auch jetzt wieder vom Bundesrat abgelehnt worden, zur Aufhebung des Paragraphen 2 war sogar Fürst Hohenlohe, der alte prinzipielle Jesuitengegner, bereit. Aber dem Zentrum genügte damals der kleine Finger nicht, es verlangte die ganze Hand, sonst hätte schon der Vorgänger des Grafen Bilow das *Odium* der Aufhebung des Paragraphen 2 auf sich genommen. Fürst Hohenlohe hat vielleicht dieses „*Odium*“ für geringer geschätzt, als es sich heute, wenigstens in diesem Augenblick, trotz aller Reichstagsvoten herausstellt.

Ein Wahlerfolg gegen das Zentrum wäre im letzten Jahrzehnt nur in einem einzigen Falle möglich gewesen: als der Reichstag dem Fürsten Bismarck den Ehrengruß zu seinem achtzigsten Geburtstag versagte, und der Kaiser ohne Verzug seine entrüstete Mißbilligung öffentlich aussprach. Wäre die Reichstagsauflösung da unmittelbar auf dem Fuße gefolgt, so würde inmitten der damaligen hochgehenden Wogen patriotischer Bewegung eine starke Niederlage des Zentrums vielleicht in Aussicht zu nehmen gewesen sein. Dem Fürsten Hohenlohe ist im Laufe des Jahres 1895 der Rat, die aus Anlaß der fünfundschwanzigjährigen Gedenkfeier in erfreulichster Weise betätigte patriotische Stimmung der Bevölkerung zu einer Reichstagsauflösung zu benutzen, wiederholt nahegelegt worden. Er glaubte an einen Erfolg nicht, vielleicht waren auch andre Gründe mit im Spiel, aber jedenfalls hat es seitdem weder für ihn noch für seine Nachfolger eine Gelegenheit gegeben, wo mit einem Mißerfolg des Zentrums bei den Wahlen zu rechnen gewesen wäre. Wir glauben deshalb auch nicht, daß die vom Evangelischen Bunde und seinen Organen in Aussicht genommene sofortige Vorbereitung künftiger Wahlen von Erfolg sein wird. Dazu wäre eine Belegung unsrer protestantischen Bevölkerung nötig, die sich in einem einheitlichen Sinne doch nie betätigen wird. Auch wenn es gelänge, den größten Teil der zwei Millionen Wähler auf die Beine zu bringen, die bei den letzten Reichstagswahlen gefehlt haben, und dieser Teil weder der Zentrumspartei noch der Sozialdemokratie starke Kontingente abgäbe, so würde das Ergebnis wahrscheinlich viel mehr eine Bekämpfung der „protestantischen“ politischen Parteien untereinander als ein Zusammenschluß gegen das Zentrum sein; dieses würde schwerlich ein Duzend Sitze verlieren, vielleicht kaum ein halbes, zumal da es bei einer solchen Bewegung auf die kräftigste Unterstützung der Sozialdemokratie zählen könnte.

Hat man aber mit dieser Tatsache zu rechnen, so ergibt sich daraus für jeden verständigen Politiker, daß wir in Deutschland mit dem konfessionellen Fanatismus weder der einen noch der andern Seite wirtschaften können, sondern daß wir auf eine friedliche Gemeinschaft und ein friedliches Zusammenleben der Konfessionen angewiesen sind. Das Deutsche Reich ist eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft, eine Rechtsgemeinschaft, eine Waffengemeinschaft zu Schutz und Trutz. Politischer und wirtschaftlicher Niedergang oder gar militärische Niederlagen würden uns alle, ohne Ausnahme und ohne Auswahl des Bekenntnisses, treffen; so etwas zu verhindern haben alle ein gemeinsames Interesse. Am Morgen der Schlacht von St. Privat kam in der frühen Dämmerung ein evangelischer Feldgeistlicher an ein Bataillon der Gardeinfanterie herangeritten und rief dem Kommandeur zu: „Herr Major, ich bitte um die evangelischen Mannschaften des Bataillons.“ Die Antwort lautete: „Wir dienen alle einem Gott und folgen einer Fahne, kommt nur alle her!“ Und sie kamen — für viele von ihnen, Katholiken wie Protestanten, angesichts der aufgehenden Sonne des weltgeschichtlichen Tages das letzte Gebet. Was soll nun dem Ernst einer großen Zeit gegen-

über z. B. das Vorgehn der Jenerer Studenten gegen eine farbentragende katholische Verbindung! Konfessionelle Verbindungen, Gliederungen der akademischen Jugend nach dem Bekenntnis, sind an sich gewiß nicht erwünscht. Aber was dem Wingolf als protestantischer farbentragender Verbindung recht ist, sollte auch einer katholischen Verbindung billig sein. Es ist darüber in Jena zu Tätzlichkeiten gekommen, und der Jenerer Senat hat im Interesse des akademischen Friedens, vielleicht auch mit Rücksicht auf die Nähe der Wartburg und ihrer Luthererinnerungen, die katholische Verbindung untersagt. Die Beschwerden der „Germania“ über die dortigen Zusammenstöße zu prüfen, wird Sache des Richters sein. Den Reichstag, der sich damit befassen soll, geht unser Erachtens die Sache wenig an, der Reichstag ist dafür nicht zuständig. Es wäre auch bedenklich, wollte man mit Reichstagsbeschlüssen, je nach den wechselnden Majoritäten, in das innere Leben unsrer Hochschulen eingreifen. Niemand ist gezwungen, auf der einen oder der andern Universität zu studieren. Junge Leute, denen ein konfessionelles Farbentragen Bedürfnis ist, mögen einstweilen nicht nach Jena gehn, bis sich auch dort die Stimmung wieder beruhigt haben wird. Es wird so lange nicht dauern.

Vielleicht kommen inzwischen auch Organe wieder zur Besinnung, wie die „Wartburg“ des Herrn Superintendenten D. Meyer in Zwickau, der in seiner „dritten Jesuitenummer,“ nachdem er zu wiederholten malen sein anathema sit! über den Reichskanzler ausgesprochen, wörtlich schreibt:

„Zwar an den Jesuiten wird der Protestantismus nicht zugrunde gehn; im Gegenteil, er wird durch den Gegensatz gegen sie und im Kampfe mit ihnen lebendiger und mächtiger werden. Aber den schwersten Schlag hat Graf Bülow der römischen Kirche selber und dem Reich (!) versetzt.“

Nun, wenn der Protestantismus durch die Aufhebung des Paragraphen 2 nur lebendiger und mächtiger wird, wenn der Reichskanzler damit „der römischen Kirche selber“ den schwersten Schlag versetzt hat, dann wäre es eigentlich doch wohl logischer, wenn Herr D. Meyer dem Grafen Bülow ein begeistertest Dankvotum schriebe. Besseres kann er sich ja in seinem Sinne gar nicht wünschen, als einen Reichskanzler, „der der römischen Kirche den schwersten Schlag versetzt“ und den Protestantismus neu beleben hilft. Wir glauben, daß in der letzten Hinsicht Herr D. Meyer sogar die ernstesten Wünsche des Reichskanzlers trifft. Was soll es denn nun aber heißen, wenn Herr D. Meyer weiter schreibt:

„Jetzt ist es unsre Aufgabe, die zukünftigen Wahlen vorzubereiten, daß sie nicht im Sinne Bülows, der, um mehr Röhne, um die Handelsverträge, um eine geschlossene Phalanx gegen die Sozialdemokratie zu bekommen, mit dem Zentrum handelt auf Kosten unsers Volkstums und unsrer Kultur, sondern im Sinne unsrer großen Geschichte zur Rettung der idealen Güter, der Glaubens- und Gewissensfreiheit erfolgen.“

Man wäre geneigt, an den Verfasser die bekannte Frage zu richten: „Wo warst du denn, als man die Welt verteilt?“ Also keine Wehrkraft, keine Handelsverträge, keine Niederwerfung der Sozialdemokratie, auf alle diese Lebensbedingungen unsrer staatlichen und nationalen Existenz kommt es nicht an, sondern ausschließlich auf die idealen Güter der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Selbstverständlich die Glaubens- und Gewissensfreiheit nur für den Protestantismus. Was mit den zwanzig Millionen deutscher Katholiken werden soll, darüber läßt Herr D. Meyer uns leider im unklaren; jedoch — wenn es ihm gelingt, einen solchen Reichstag der idealen Güter zu schaffen, wird sich Graf Bülow oder sein Nachfolger sicherlich mit dieser neuen Majorität abzufinden wissen. Einstweilen wird Herr D. Meyer aber doch gut tun, die Geschichte des Dreißigjährigen Kriegs und seiner Folgen recht gründlich zu studieren. Um ausschließlich seinen idealen Gütern leben zu können, braucht ein Volk vor allen Dingen einen starken Schutz seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Deutschland ist lange genug bei der Weltverteilung zu spät gekommen. Wenn Herr D. Meyer unser Volk heute, im Jahre 1904, freundlich einlädt,

in dem Himmel seiner idealen Güter mit ihm zu leben — „so oft du kommst, er soll dir offen sein“ —, so ist das ohne Zweifel recht ideal gedacht. Aber das Leben eines großen Volks regelt sich nicht nach den leicht beieinander wohnenden Gedanken, sondern nach den sich hart im Raume stoßenden Sachen. Die Fackel der „Wartburg“ droht, nicht Licht anzuzünden, sondern die verzehrende Flamme der konfessionellen Zwietracht auslodern zu lassen, einer Zwietracht, die auch Herr D. Meyer schwerlich zu den idealen Gütern unsers Volks rechnen wird, und die von der Glaubens- und Gewissensfreiheit ebensoweit entfernt ist, wie das leuchtende Licht vom verzehrenden Feuer. Das Ausland würde seine helle Freude daran haben.

Es wäre dem Grafen Bülow sicherlich ein Leichtes gewesen, sich durch eine Philippika gegen den Jesuitismus eine wenn auch vielleicht falsche, so doch jedenfalls wohlfeile Popularität zu verschaffen und statt vielen Tadeln eine Menge von Lobesartikeln einzuheimsen. Daß er das nicht getan, sondern das Gegenteil erwählt hat, sollte einsichtige Männer doch zu einer gründlicheren Prüfung veranlassen, als sie in dem „steinigt ihn!“ zutage tritt. Seit seinem Amtsantritt als Staatssekretär hat sich Graf Bülow um das Deutsche Reich und seinen keineswegs immer ungefährdeten Frieden gar manches Verdienst erworben, das für die große Menge vielleicht nur deshalb nicht erkennbar geworden ist, weil er es nicht an die große Glocke hängen ließ. Diese Tatsache sollte ihn doch vor einem gedankenlosen „hinweg mit ihm“ schützen. Je höher Deutschland am politischen Zenit emporgestiegen ist, je zahlreicher die Mächte, je größer die Interessen sind, die im politischen Weltensraum nach Herrschaft und nach Geltung ringen, desto mehr ist jeder deutsche Reichskanzler verpflichtet, auf die einheitliche Geschlossenheit der deutschen Macht Bedacht zu nehmen und den konfessionellen Hader zu den Dingen zu zählen, die sich dem Interesse des Ganzen unterordnen müssen.

Sozialdemokratie, Zentrum und — Heer. Die Taktik der Sozialdemokratie ist gegenwärtig darauf gerichtet, den Geist der Unbotmäßigkeit und der Empörung in das Heer zu tragen. Erst wenn das gelungen sein wird, dürfte der Augenblick gekommen sein, wo auch den Mäuserungsgläubigsten die Augen aufgehen werden. Dieser sozialdemokratischen Taktik leistet das Thema „Soldatenmißhandlungen“ den denkbarsten Vorschub, und die andern Parteien wissen gar nicht, was sie tun, wenn sie die tagelangen Erörterungen dieses Gegenstandes nicht nur erlauben, sondern ihrerseits auch noch direkt fördern. Die Ursachen der Soldatenmißhandlungen sind mündlich und schriftlich bis zur Erschöpfung erörtert worden. Diese bedauerlichen Erscheinungen sind so alt wie die Heere. Bei uns fallen sie neuerdings mehr auf, erstens weil die Armee sich gegen die Zeit von 1870/80 verdoppelt hat, damit sind schon doppelte Relativzahlen gegeben; sodann ist es unvermeidlich, daß für dieses verdoppelte Heer die Qualität des Lehrpersonals oft mehr zu wünschen übrig läßt als ehemals. Dazu kommt, daß eine stark gesteigerte Ausbildung bei den Fußtruppen jetzt in zwei Jahren erreicht werden soll, statt früher in drei, daß der zahlreichere städtische Ersatz weit schwerer zu behandeln ist, als früher der weit überwiegend ländliche, endlich daß die so sehr gesteigerten Anforderungen bei der um ein Drittel verkürzten Dienstzeit in der Front und vor der Front unvermeidlich eine gewisse Nervosität zur Folge haben. Bei den hochgehenden Anforderungen, die der Dienst heute stellt, darf man sich fast wundern, daß der Andrang zur Offizierlaufbahn noch so groß ist, wengleich sich Erscheinungen, die auf eine Abnahme hindeuten, bemerkbar machen. Früher wurden Mißhandlungen auf dem Disziplinarwege bestraft; kamen die Fälle vor das Kriegsgericht, so erfuhr die Öffentlichkeit selten oder nichts davon. Heute wird jeder einzelne Fall in öffentlicher kriegsrechtlicher Verhandlung, womöglich durch zwei Instanzen hindurch, vor der Öffentlichkeit breitgetreten, und das Publikum gewinnt so den Eindruck, als handle es sich um völlig neue und ehemals unerhört gewesene Vorgänge in der Armee. Dabei übersieht man dann noch die psycho-

logisch merkwürdige Erscheinung, daß ein nicht geringer Teil der Mißhandlungen von den „Kameraden“ herrührt, und daß auch die mißhandelnden Unteroffiziere erst wenige Jahre zuvor Rekruten gewesen sind, also wissen, „wie es tut.“

Die Sozialdemokratie läßt es sich nun neuerdings angelegen sein, den Soldaten die Lehre von der „Notwehr“ einzuprägen, Bebel, Ledebour und andre sind wiederholt darauf zurückgekommen. Diese Redner wissen sehr wohl, daß Fälle, in denen das bürgerliche Strafgesetz die „Notwehr“ überhaupt anerkennt und zuläßt, sehr seltne sind, ja daß die meisten dieser Ausnahmen: Überfall, Einbruch usw., im Verhältnis der Vorgesetzten zu den Untergebenen völlig ausgeschlossen sind. Den Sozialdemokraten kommt es nur darauf an, einzelne Soldaten zu dem Glauben zu verleiten, daß sie sich ihren Vorgesetzten gegenüber im Stände der Notwehr befinden, demgemäß handeln und damit dem Heere Beispiele bewaffneter Auflehnung und Empörung bieten. Daß jenen armen Verführten ihre vermeintliche „Notwehr“ sehr teuer zu stehen kommen würde, sichts die Heizer nicht an. Im Gegenteil, die unvermeidliche strenge Bestrafung dieser Art Notwehr würde von ihnen mit Vergnügen dazu benutzt werden, die „Martyrer“ und „Opfer des Militarismus“ in unzähligen Hezreden und Hezartikeln zu beklagen, freilich ohne das Eingeständnis, daß die durch die parlamentarische Immunität leider gedeckten Hezredner ausschließlich die Schuld an diesem Martyrium tragen.

Es bekundet einen bedauerlichen Mangel an Staats Sinn, daß die andern Parteien der Sozialdemokratie die größten rednerischen Ausschweifungen auf diesem Gebiete nicht nur erlauben, sondern ihnen bis zum gewissen Grade sekundieren. Jeder echte Liberale glaubt sein Scheit zu dem Haufen hinzulegen zu müssen, auf dem die mißhandelnden Vorgesetzten vor aller Welt verbrannt werden. Anstatt mit einer die Vorkommnisse bedauernden Resolution, die die Regierung um gründliche Abhilfe ersucht, zur Tagesordnung überzugehen, duldet man tagelange Erörterungen in behaglichster Breite, der Präsident beschränkt sich auf wenige Unterbrechungen oder gelegentliches Schwingen der Glocke, weil er befürchten muß, daß die Sozialdemokraten auf ein strengeres Eingreifen mit einem Antrag auf Auszählung des Hauses antworten, und so nimmt denn die Ministerarbeit, die nach Bebel's offenem Eingeständnis nur dazu bestimmt ist, das ganze heutige Staatsgebäude in die Luft zu sprengen, ihren lustigen Fortgang.

Einen sehr eigentümlichen Beitrag hat aber das Zentrum mit seiner Resolution Groeber geleistet, die darauf hinausgeht, „das heutige Mißverhältnis der Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs über Verfehlungen der Untergebenen gegen Vorgesetzte im Vergleich zu dessen Bestimmungen über Verfehlungen der Vorgesetzten gegen Untergebene zu beseitigen.“ Die Sozialdemokratie hat sich diesen Antragsflugs zu eigen gemacht und eine „authentische Interpretation“ des Paragraphen 124 verlangt, d. h. der darin vorgesehenen Berechtigung des Vorgesetzten, im Notfall zur Erzwingung des Gehorsams gegen die sich tätzlich widersetzenden Untergebenen von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Der Reichstag hat es ja durchgesetzt, die Resolution Groeber einer Kommission von sieben Mitgliedern zu überweisen, die ihr eine andre „redaktionelle“ Fassung geben soll; immerhin aber bleibt die Tatsache bestehen, daß das Zentrum mit seinem Antrage dem auf die Erschütterung der Disziplin gerichteten Vorgehen der Sozialdemokratie die Wege ebnet. Denn wenn das Militärstrafgesetzbuch Ungleichheiten in der Behandlung solcher Vorgänge stipuliert, so ist das doch nur deshalb der Fall, weil der Grundgedanke unsers gesamten Militärstrafgesetzes der Schutz der Disziplin ist und bleiben muß. Wer dagegen mit gesetzgeberischen Akten angeht, muß sich über die Folgen klarmachen. Wir hoffen, daß der Reichstag diese Resolution Groeber in einer wohlthätigen Versenkung verschwinden läßt; sollte sie aber in gleichviel welcher Form dennoch zur Annahme gelangen, so darf die Nation wie die Armee ein rundes „Nein“ des Bundesrats erwarten. Schwerlich könnte ein preussischer Kriegsminister für ein Vorgehen im Sinne solcher Resolution eine Verantwortlichkeit übernehmen.

S

Die Gehalte der Universitätsprofessoren. Ein Berliner Professor hat einmal die Bemerkung gemacht: „Zu den Dingen, die sich auch in unsrer Zeit schrankenloser Öffentlichkeit noch der vollständigsten und ausdauerndsten Unbekanntheit erfreuen, gehören u. a. auch die innern Zustände unsrer Universitäten.“ An diese Worte wird man erinnert, wenn man sieht, wie in der Presse über die Einkommensverhältnisse der Universitätsprofessoren geredet, und es fast ausnahmslos für eine Schädigung der Interessen der betreffenden Universität erklärt wird, wenn ein Professor einem Ruhe folgt, ohne daß die Unterrichtsverwaltung Opfer gebracht hätte, um ihn zurückzuhalten. Es müßte sich aber doch jeder verständig Urteilende sagen, daß es durchaus nicht empfehlenswert erscheint, in Berufungsfällen, die nicht von besondrer Art sind, jedesmal oder auch nur in der Regel ein Aufbietungsverfahren zu veranlassen und auf diese Weise eine ungemessene Steigerung der Professorenbesoldungen herbeizuführen. Das liegt weder im Interesse des Staats noch in dem der Universitäten, die allen Grund haben, sich vor dem wachsenden „Mammonismus,“ vor dem Paulsen mit Recht gewarnt hat, zu hüten.

Deshalb ist es für die Unterrichtsverwaltungen nötig, in jedem Berufungsfalle zu prüfen, ob und wie weit sie ihrerseits mit einem Angebot vorgehn sollen. Denn in ihren Augen ist nicht jeder Professor in dem Maße unerlässlich, wie er selbst es vielleicht glaubt, oder wie es von seinen Anhängern versichert wird. Diese Prüfung wird auch in Zukunft nicht selten dazu führen, daß dem Berufenen ruhig die Wahl gelassen, die Entscheidung ohne jedes weitere Angebot in seine Hand gelegt wird. Wenn aber in diesem Zusammenhange, was insbesondere Preußen betrifft, auf das dort bestehende „Fiskalsystem des Honorarabzugs“ und dessen vermeintliche Nachteile aufmerksam gemacht wird, so beweist dies nur, daß die Herren Kritiker die Bedeutung und Wirkungen dieses „Systems“ nicht kennen. In Wahrheit liegen die Dinge so, daß die preußische Unterrichtsverwaltung trotz desselben imstande ist, es in den Berufungsfällen, wo es angebracht erscheint, mit jeder Konkurrenz außerpreußischer Universitäten aufzunehmen. Und so ist es denn auch eine feststehende Tatsache, daß eine für wünschenswert erachtete Zurückhaltung eines nach auswärts berufenen preußischen oder umgekehrt die Berufung eines außerpreußischen Professors nach Preußen aus finanziellen Rücksichten noch niemals gescheitert ist.

Ernst von der Brüggen. In dem am 19. Dezember vorigen Jahres zu Riga verstorbenen Ernst von der Brüggen betrauern die Grenzboten einen ihrer ausgezeichnetsten Mitarbeiter. Am 10. November 1840 zu Laidsen bei Talsen in Kurland geboren, hat der Verewigte in Dorpat die Rechtswissenschaft studiert, dann auf Auslandsreisen seine Ausbildung vollendet und 1867 eine Anstellung bei der litländischen Gouvernementsregierung gefunden. Im Jahre 1871 übernahm er die Leitung der Baltischen Monatschrift und 1876 die der Nationalzeitung in Berlin. Die wirtschaftliche Lage des Gutes Degaizen im Gouvernement Rowno, das er 1869 erworben hatte, nötigte ihn, schon nach drei Jahren nach Rußland zurückzukehren. Da sich jedoch das Besitztum trotz aller Anstrengungen nicht halten ließ, siedelte er ganz nach Deutschland über und wurde 1882 in das Präsbureau des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reichs berufen. Unter den Männern, denen er in dieser Stellung näher trat, sind besonders Graf Herbert Bismarck und der gegenwärtige Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe, zu nennen. Umfassendes historisches Wissen, die genaue, nicht bloß aus Büchern sondern auch aus lebendiger Anschauung gewonnene Kenntnis von Land und Leuten in den wichtigsten Staaten Europas, besonders die in der Praxis des Gutsbesitzers erworbene tiefe Einsicht in die wirtschaftliche Lage Rußlands, dazu ein durch Philosophie geschärfter Blick in die Ferne, verbunden mit einem gefunden Sinn für die nahe Wirklichkeit befähigten ihn zum politischen Publizisten ersten Ranges, um so mehr, als ein edler Charakter und feines sittliches Empfinden nicht allein seinen Stil adeln, sondern

auch dafür sorgten, daß er bei der Würdigung politischer Zwecke und Mittel niemals die höchsten sittlichen Ziele der Menschheit aus den Augen verlor.

Außer unzähligen Zeitschriftenartikeln hat er eine Reihe wertvoller Bücher veröffentlicht: „Polens Auflösung,“ „Rußland und die Juden,“ „Die Agrarverhältnisse in den russischen Ostseeprovinzen,“ „Die Regierung Peters des Großen und seiner nächsten Nachfolger.“ Sein letztes Werk: „Rußland, Kulturstudien von E. v. d. Br.“ ist im vierten Bande des Jahrgangs 1902 der Grenzboten S. 611 besprochen worden. Deren Mitarbeiter ist er viele Jahre lang gewesen. Wir zählen nachstehend nur die Beiträge auf, die er seit 1900 gespendet hat. Im ersten Bande des Jahrgangs 1900: „Polnische Politik“ und „Englische Suprematie in Afrika.“ Im zweiten Bande: „Wohin gehn wir?“, dann: „Europa und England“ und „Kontinentales und maritimes Gleichgewicht.“ Im vierten Bande: „Latifundien und Bauerngut“ (in den baltischen Provinzen) und „China“ (wegen des Jangtsevertrags). Im ersten Bande 1901: „Die Polenkämpfe“ (bei dem Streit über die polnischen Briefaufschriften). Im zweiten Bande: „Kipling und Tolstoi“ (Kipling als Verherrlicher des modernen Gladiatorentums; enthält eine meisterhafte Charakterisierung des englischen und des russischen Volkstums). Im dritten Bande: „Eine Denkschrift des Ministers Witte.“ Keine dieser Arbeiten ist eins der Produkte flüchtiger Tageschriftstellerei, die mit dem Ablauf des Tages ihrer Abfassung jede Bedeutung verlieren; sie verdienen alle, vom Politiker, vom Historiker von Zeit zu Zeit wieder nachgeschlagen zu werden. Von der Brüggens Blick war vorzugsweise nach Osten gerichtet, und darum muß der Mann als ein Seher geschätzt werden, den uns die Vorsehung gesandt hat, denn die Entscheidung der Geschicke des deutschen Volks liegt tatsächlich im Osten. Man nehme nur folgende Gedanken zusammen (im ersten Bande des Jahrgangs 1900 S. 67): „dort [in Rußland] arbeitet man mit allen Mitteln des Staats vergebens daran, sich die Deutschen vom Leibe zu halten; hier [in Preußen] arbeitet man mit allen zulässigen Mitteln und zweifelhaftem Erfolge daran, Deutsche herbeizulocken. Dort hat der Deutsche alles zum Gegner und niemand zum Schutz als seine Kraft, die aber genügt, sich Polen, Russen und Juden gegenüber zu behaupten; hier kann alle Macht des Staats und alles Geld ihn kaum vor dem polnischen Andrang auf den Beinen erhalten.“ Dann im zweiten Bande S. 555: „Deutschland mit seiner großen Landmacht ist für England viel wert als Gegengewicht gegen Rußland und wäre ihm von dem Augenblick an verhasst, wo es aufhören müßte, zu glauben, daß sich Deutschland im Notfall oder aus Interesse einem übersäumenden Slaventum entgegenwerfen werde.“ Endlich S. 558 bis 559 den Nachweis, daß England Europa kaum mehr braucht, Europa dagegen England nicht entbehren kann, während ihm Rußland in seinem gegenwärtigen Zustande nichts nützt. Man fasse diese Stellen zusammen, und es zeigen sich die Umrisse eines der ernstlichsten Erwägung würdigen Zukunftsprogramms. Verleger, Redaktion, Mitarbeiter und Leser der Grenzboten werden dem zu früh dahingegangnen verdienstvollen Manne ein dankbares Andenken bewahren.

Zum *Simplificissimus*streit. Außer der sexuellen Seite, die in den Grenzboten (man vergleiche auch die vortreffliche Studie über das Nackte in der Kunst im vorjährigen vierten Bande S. 294 und 359) hoffentlich zu allgemeiner Zufriedenheit erledigt worden ist, hat die Sache noch mancherlei andre Seiten. Zum Beispiel: caricare heißt übertreiben. Die Kladderadatschbilder sind wirkliche Karikaturen, denn Fragen wie die des verstorbenen Papstes lassen das Urbild leicht erkennen, da sie die wirklichen Züge des Karikierten darbieten, nur daß sie das weniger Schöne darin verstärken. Die *Simplificissimus*bilder dagegen sind nur häßliche Fragen, aber meist keine Karikaturen; sie übertreiben zum Beispiel nicht die weniger schönen Züge in der Erscheinung unsrer Soldaten und Offiziere, sondern dichten ihnen nicht vorhandene an.

Dann: Das Häßliche ist in der Kunst berechtigt, soweit es einen vernünftigen Zweck erfüllt. Die Leute lachen zu machen, wofern es nicht auf Kosten eines höhern Interesses geschieht, ist ein vernünftiger Zweck, denn der Mensch ist ein armes geplagtes Tier und bedarf der Erheiterung. Die Fragen des Kladderadatsch erfüllen, bei mir wenigstens, diesen Zweck; dagegen haben mir die des Simplicissimus noch nie ein Lachen oder Lächeln abgewonnen, sondern mir immer nur Widerwillen erregt. Sie scheinen nicht einem witzigen Kopfe, sondern einem erbosten Gemüte zu entstammen, das den Zweck verfolgt, seine Opfer verhaßt und verächtlich zu machen. Den einzelnen Mann, der Verachtung verdient, besonders wenn er öffentlichen Einfluß ausübt, mag man der Verachtung preisgeben, und zieht sich der Verfasser oder Zeichner dadurch eine Freiheitsstrafe zu, so ist er ein Märtyrer fürs Gemeinwohl. Aber ganze Stände der Verachtung preisgeben, deren Mitglieder nach Tausenden zählen, Stände, über deren Wert und Bedeutung man verschiedner Meinung sein kann, die aber vorderhand noch unentbehrlich und keinesfalls verächtlich sind, das ist kein vernünftiger, kein erlaubter Zweck.

Endlich: Früher haben Praktiker die schönen Künste u. a. darum geschätzt, weil sie Väter und Mütter mit schönen Menschenbildern umgaben, und durch das Auge wirkend, die Rasse verbesserten. Diese Ansicht mag ja nun der moderne Anthropolog in die Kumpellkammer der abergläubischen Meinungen verweisen, aber sollte doch etwas Wahres daran sein, so müßte die beständige Anfüllung der Schaufenster mit häßlichen Fragen eine Wirkung erzeugen, die Herrn Georg Hirth, der uns mit dem jugendlichen Idealbilde des deutschen Michel erfreut, unmöglich gefallen könnte. Die Schönheit soll ja nach der neuesten Ästhetik an sich schon eine abergläubische Illusion sein, aber es gibt immer noch Leute, die zwischen Schön und Häßlich unterscheiden, und denen es Pein verursacht, sich überall von Fragen umgeben zu sehen; die außerdem überzeugt sind, daß, wie immer es mit dem Versehen der Mütter stehn mag, die Seelen sich jedenfalls versehen, sodaß es von Einfluß auf ihre Gestaltung ist, ob sie von Jugend auf vorherrschend Schönes oder Häßliches zu sehen bekommen. Einen Kreuzzug für Schönheit und überschäumende Lebenslust gegen Fanatiker und Mucker mit dem Feldgeschrei: Sie Correggio und Rubens, Rembrandt, Teniers und Franz Hals — den würde ich verstehen und unter Umständen selbst mitmachen, aber mit dem ekelhaften Simplicissimus als Panier — das verstehe, wer kann!

C. J.

Bur Beachtung

Mit dem nächsten Hefte beginnt diese Zeitschrift das 2. Vierteljahr ihres 64. Jahrganges. Sie ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen. Preis für das Vierteljahr 6 Mark. Wir bitten, die Bestellung schnellig zu erneuern.

Unsre Leser machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß die Grenzboten regelmäßig jeden Donnerstag erscheinen. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Lieferung, besonders beim Quartalwechsel, vorkommen, so bitten wir dringend, uns dies sofort mitzuteilen, damit wir für Abhilfe sorgen können.

Leipzig, im März 1904

Die Verlagsabhandlung

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Kupferberg Gold.

Papierherg
Gold.

29. MRZ. 1974